Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden für die CDU-Fraktion

zum Haushalt 2016

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Wichtigste zuerst: Durch den eingebrachten Änderungsantrag wurden der Produkthaushalt 2016 und die Wirtschaftspläne der beiden Eigenbetriebe so abgewandelt, dass die CDU-Fraktion jetzt zu allen drei Plänen JA sagen kann. Zur Klarstellung füge ich an, dass die CDU die im Antrag genannte Ansetzung der Nivellierungshebesätze, die ab 2017 generell gelten sollen, als vorläufig ansieht. Eine automatische Anhebung der Steuersätze auf das Niveau der Nivellierungshebesätze ist allenfalls als rechnerische Planungsgröße für die Folgejahre akzeptabel, entbindet die Verwaltung aber aus unserer Sicht nicht davon, sich weiterhin intensiv um Konsolidierung zu bemühen.

Die CDU war mit den ursprünglichen Entwürfen des Produkthaushalts und der Wirtschaftspläne nicht einverstanden und hatte wie gefordert Vorschläge zu deren Umgestaltung vorgelegt. Diese sahen eine Absenkung der ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2 Millionen € vor, von denen allein 1 Million € auf die Personalkosten entfallen sollte. In einer knapp vierstündigen Nachtsitzung setzten sich die Hauptverantwortlichen der Verwaltung unter der Führung des Bürgermeisters und die Fraktionsspitzen mit diesen Vorschlägen intensiv auseinander. Über bestimmte Punkte in geringerer Größenordnung konnte dabei Einigkeit erzielt werden. Jedoch waren zu wesentlichen Punkten die Vertreter unserer Fraktion mit den gegebenen Antworten nicht zufrieden. Andererseits wollten auch wir, dass noch in dieser Legislaturperiode ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet wird.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Kollegen im Fraktionsvorsitz, Herrn Werner Hesse und Herrn Michael Goetz, ausdrücklich bedanken, dass es gelang, die Weichen für eine Kompromisslösung zu stellen.

Wie weit sich dabei die CDU-Fraktion bewegt hat, wird bereits daran deutlich, dass der vorgelegte Änderungsantrag eine Absenkung der Aufwendungen von nur noch ca. 383.000 € vorsieht. Das Wesen eines Kompromisses besteht darin, dass man als Betroffener einen Teilerfolg erzielt. In diesem Sinne freut sich die CDU darüber, dass die Grundsteuer A statt wie vorgesehen auf 332 % nur auf 300 % ansteigt und die Grundsteuer B nicht auf 365 %, sondern lediglich auf 320 % erhöht wird. Nicht verhindern kann die CDU den Anstieg der Gewerbesteuer, des Hebesatzes von 330 % auf 357 %. Dieser wirkt auf den ersten Blick moderat, es handelt sich dabei aber um mehr als 3 Millionen €.

Das größte Entgegenkommen zeigen wir von der CDU darin, dass wir mit der Zustimmung des Haushalts den ungewöhnlich hohen Anstieg der Personalausgaben mittragen. Nach dem vorläufigen Jahresergebnis 2014 betrugen sie damals im städtischen Haushalt 6.465.072 €. Nach der Planung für den Haushalt 2016 steigen sie auf 8.618.280 €. Das entspricht einer Steigerung von genau einem Drittel! Eines will ich an dieser Stelle glasklar darstellen: Die CDU will keinesfalls, dass Mitarbeiter der Stadt ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Kern des Problems besteht in der Zunahme von zunächst unbesetzten Stellen: Gegenüber den am 30.6.2015 im städtischen Haushalt tatsächlich besetzten 101,94 Stellen steigt die Ausweisung im Planentwurf 2016 auf 117,5 Stellen, d.h. um 15,3 %. Auf den Gesamtkonzern Stadt bezogen liegt immer noch eine Erhöhung um

10,3 % vor. Immerhin erhält die Stadt an Landeszuschüssen durch das KiFöG 230.000 € und für die Flüchtlingshilfe 195.000 €. Diese Zahlen erklären einiges, was die Kostensteigerung und Stellenerhöhung betrifft, aber bei weitem nicht alles, wie sich leicht nachrechnen lässt. Folglich fordert die CDU ein höheres Maß an Transparenz: Die Stellenbewirtschaftung und damit die Entwicklung der Personalausgaben müssen für Stadtverordnete und Stadträte besser nachvollziehbar dargestellt werden. Dazu zählt insbesondere, dass es uns Ehrenamtlichen ermöglicht wird, Gegenfinanzierungen und gesetzliche Vorgaben den entstehenden Ausgaben punktgenau zuzuordnen.

Sie bemerken, sehr geehrte Zuhörer, dass ich meinen Blick weg von der Vergangenheit hin auf die Zukunft geworfen habe. Erlauben Sie mir bitte, weitere „Baustellen“ für die kommende Legislaturperiode im Überblick aufzuzeigen:

1. Unsere Haushaltswirtschaft hat kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Diese Erkenntnis dürfte unstrittig sein. Analysiert man die im Änderungsantrag gesunkenen Aufwendungen, so erkennt man schnell, dass hierbei mit einer Ausnahme Ausgaben nicht eingespart, sondern lediglich in die Zukunft verschoben werden. Was für die kommenden Jahre fehlt, sind also echte Einsparungen. In den letzten Monaten wurden Meinungsverschiedenheiten darüber deutlich, wer Einsparvorschläge zu erstellen hat. Die CDU sieht das so: Sicherlich beschließt die Politik Maßnahmen, die Folgekosten auslösen. Es ist aber die fortgesetzte Aufgabe der Verwaltung, die Beschlussgremien auf Veränderungen im Bedarf aufmerksam zu machen und auf Korrekturbedarf hinzuweisen. Der Umgang mit diesen Informationen ist dann wiederum Aufgabe der Politik.
2. Bei allen genannten Haushaltspositionen wird eine Schwäche im Verfahren deutlich: Der städtische Haushalt entsteht unverändert seit Jahrzehnten nach vorherigen Mittelanmeldungen der Fachbereiche. Eine Mittelzuweisung an die Produkte des Haushalts findet nicht statt. Die Zuweisung von Budgets würde demgegenüber die Mittelbewirtschaftler dazu zwingen, mit Strukturveränderungen den ihnen zugewiesenen Rahmen auszufüllen.
3. Die Stadt verfügt - Stand 4.11.2015 - im ordentlichen Ergebnis kumuliert über ca. 13,6 Millionen €. Für die nächsten Jahre sollte die Option geschaffen werden, einen eventuell erforderlich werdenden Haushaltsausgleich nach § 24(2) GemHVO durch eine Entnahme von vorhandenen Rücklagen herzustellen. Diese Rücklagen sind in unserem städtischen Haushalt wie eben dargestellt vorhanden. Über deren Verwendung entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Es bedarf also eines entsprechenden Beschlusses, für den wiederum der Magistrat die Vorlage zu erstellen hat.
4. Eine Überprüfung der städtischen Finanzwirtschaft vor allem im Zusammenhang mit den beiden Eigenbetrieben steht uns in der neuen Legislaturperiode als große Herausforderung ins Haus. Ehe ich darauf etwas näher eingehen werde, ist es mir ein besonderes Anliegen klarzustellen, dass damit in keiner Weise die Leistungen der beiden Betriebsleiter oder ihrer Mitarbeiter ins schiefe Licht gerückt werden soll. Ganz im Gegenteil: Die CDU-Fraktion zeigt durch die regelmäßige Zustimmung zu den Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen Jahr für Jahr ihre Zufriedenheit und ihr Einverständnis mit der geleisteten Arbeit der Stadtwerke und von Dul. Unsere Bedenken sind also ganz unabhängig von den verantwortlichen Personen grundsätzlicher Natur.
So wird das Bäderdefizit für 2017 mit 1,4 Millionen € beziffert. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass der städtische Haushalt traditionell den Ausgleich vornimmt. Hier entsteht aus Sicht der CDU-Fraktion mittelfristig ein Handlungsbedarf.
Kurzfristiger steht bekanntlich der Eigenbetrieb Dul auf dem Prüfstand. Hier nur so viel: Er verfügt ohne das Jahresergebnis 2015 über einen Gewinnvortrag von rund 3,4 Millionen €. Dies entspricht mehr als einer halben Jahresausgabe des Wirtschaftsplans. Immer wieder erfolgt von

übergeordneten Behörden der Hinweis, dass – soweit Verlustvorträge entstehen – diese nach spätestens 5 Jahren als Verlustzuweisung aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden müssen. Daraus ergibt sich für die CDU die dringende Frage, warum im Umkehrschluss die genannten Gewinne nicht nach 5 Jahren dem städtischen Haushalt zurückgegeben werden, aus dem sie ja auch kommen. Diese Maßnahme erscheint der CDU überfällig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vom Ausblick auf die Zukunft möchte ich zur Gegenwart, d. h. zu den heute zu verabschiedenden Wirtschaftsplänen und dem Produkthaushalt 2016 zurückkehren.

Der Dank an die Verwaltung für die Erstellung ist nicht als selbstverständliches Ritual zu verstehen, sondern erfolgt in diesem Jahr ganz ausdrücklich. Die CDU-Fraktion hat es nicht nur sich selbst schwer gemacht, sondern auch die Verwaltung in ungewöhnlichem – aber sachlich gebotenem - Maße gefordert. Den Umgang mit unseren Vorschlägen haben wir als ernsthaft empfunden. Hierfür möchte ich mich bei den unmittelbar Beteiligten in besonderer Weise bedanken.

Die alte Legislaturperiode ist fast zu Ende. Große Projekte wie der Baubetriebshof und das Hallenbad wurden fertiggestellt oder zumindest auf den Weg gebracht. Neue Projekte, allen voran die Feuerwehrgerätehäuser in Hatzbach, Erksdorf und der Kernstadt, warten auf ihre Realisierung. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass wir gut durch den Wahlsonntag kommen und dann in der neuen Legislaturperiode wiederum erfolgreich zusammenwirken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!